PB.L-01-414

Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Simon Lissner (KV Limburg-Weilburg)

Änderungsantrag zu PB.L-01

Von Zeile 414 bis 428:

~~Das Auto der Zukunft wird im Sinne der Lebensqualität aller leiser, digitaler und klimaneutral sein. Der technologische Wettlauf ist in vollem Gange. Damit das Auto der Zukunft weiter in Deutschland entwickelt und produziert wird, braucht es klare politische Leitplanken. Ab 2030 sollen deshalb nur noch emissionsfreie Autos neu zugelassen werden, zum Beispiel durch eine ansteigende nationale Quote für emissionsfreie Autos. So sorgen wir für saubere Luft in Innenstädten, erfüllen unsere Klima- und Umweltziele, und die Automobilindustrie kann ihre Entwicklungsarbeit verlässlich auf Elektromobilität ausrichten. Das sichert zukunftsfähige Arbeitsplätze und neue Geschäftsmodelle. Wir setzen uns für schärfere europäische CO_2-Flottengrenzwerte ein. Den Kauf emissionsfreier Autos wollen wir über ein Bonus-Malus-System in der Kfz-Steuer fördern. Saubere Autos werden billiger, klimaschädliche teurer. Wir beenden die Dieselsubvention und gestalten die Dienstwagenbesteuerung ökologisch um. Wir beschleunigen den flächendeckenden Ausbau einer einheitlichen Ladeinfrastruktur, inklusive Schnellladesäulen und öffentlicher Ladepunkte im ländlichen Raum. Laden muss flächendeckend in Deutschland und Europa schnell und bequem möglich sein.~~

Bis zur Entwicklung umfassender nachhaltiger und ressourcenschonender, am besten klimaneutralen Transportmittel, sollte für jeden Zweck das jeweils geeignetste gefördert werden. Ziel muss die grundlegende Reduzierung/weitestgehende Abschaffung des Individualverkehrs sein, sofern dieser fossile Energien oder seltene und schwer zugängliche Ressourcen verschlingt, eine radikale Umstrukturierung der Güterverbringung und ein Ende der Subventionierung von Versandhandelsformen auf Kosten der Allgemeinheit. Mit den Interessenvertretungen der betroffenen Berufsgruppen wird die Regierung sozialverträgliche Übergangsregelungen vereinbaren.

weitere Antragsteller*innen

Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Marcel Schmidt (KV Miltenberg); Ruth Birkle (KV Karlsruhe-Land); Barbara Poneleit (KV Forchheim); Werner Hager (KV Rhein-Berg); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Karl Hertkorn (KV Sigmaringen); Kerstin Dehne (KV München); Marcus Schmitt (KV Main-Taunus); Andreas Müller (KV Essen); Lars Boettger (KV Hamburg-Altona); Fritz Lothar Winkelhoch (KV Oberberg); Roland Gunz-Herbst (KV Karlsruhe-Land); Manuel Mühlbauer (KV Fürth-Land); Reinhard Bayer (KV Gießen); Jeanne Emilia Riedel (KV München); Manuela Braun (KV Rastatt/Baden-Baden); Alexander von Fintel (KV Wilhelmshaven); Erich Minderlein (KV Ortenau)